



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/03/2015
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 29.04.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
4. . Programm "Jugend stärken im Quartier"
Bericht des Jugendrings
5. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
6. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
7. . Die Bedeutung der "Neuen Autorität für die Jugendhilfe" - Stärke statt Macht
Bericht der Verwaltung
8. . Erhöhung der Elternbeiträge und Änderung der Geschwisterkinderregelung
Vorlage: 0061/2015 – **2. Lesung**
9. . Vorschlag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Kindertagespflege
Vorlage: 0266/2015 - **2. Lesung**
10. . Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 Gesch des Rates
Fahrdienst für Kita- und Grundschulkindern im Bereich Böhrener Weg
Vorlage: 0394/2015
11. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach informiert über ein Tandemprojekt für Senioren und Schüler, das von dem Träger „Dreizeit“ aus Dortmund derzeit auch in Hagen etabliert werden sollte. Ein entsprechender Flyer sei ausgelegt. Weitere Broschüren könnten bei Bedarf beim Träger in Dortmund angefordert werden. Er würde sich freuen, wenn die Ausschussmitglieder das Projekt in ihren Organisationen bekannt machen würden.

Weiterhin teilt er mit, dass der Kinderspielplatzes Rissestraße in ein bis zwei Wochen fertig gestellt würde. Der Ausbau des Kinderspielplatzes Schmittwinkel beginnt Ende Mai.

Wie es der Zeitung heute zu entnehmen gewesen sei, gebe es tarifliche Verhandlungen und Streiks im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes, von dem besonders die kommunalen Kindertagesstätten betroffen seien. Es sei damit zu rechnen, dass es zu flächendeckenden Streiks kommen werde. Man sei derzeit in Gesprächen, um wenigstens Notgruppen anbieten zu können.

Herr Reinke fragt nach der rechtlichen Situation bei Streikausfällen. Könnten die Kindergartengebühren von den Eltern für den Zeitraum von der Kommune zurückgefordert werden?

Herr Goldbach weist darauf hin, dass eine etwaige Rückforderung abgelehnt werden würde, da in der Beitragssatzung ausdrücklich geregelt sei, dass Streik höhere Gewalt sei und nicht zur Rückzahlung der Monatsbeiträge führen könne. Er könne nachvollziehen, dass dies nicht immer auf Verständnis stoße.

Frau Scharlau erinnert daran, dass man vom Jugendring das Programm „Demokratie leben“ bereits im Ausschuss vorgestellt habe. In dem Zusammenhang finde am 20. Mai die Auftaktveranstaltung in Form einer ersten Demokratiekonferenz statt. Sie lade herzlich dazu ein und freue sich über eine rege Beteiligung.



3. . Anliegen der Jugendräte

Frau Purps und Herr Palmowski berichten über die Aktivitäten der Jugendräte.

4. . Programm "Jugend stärken im Quartier" Bericht des Jugendrings

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Becker von der evangelischen Jugendhilfe stellt das Projekt „Jugend stärken im Quartier“ vor (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Herr Reinke bittet Herrn Becker um Erläuterung, wie man sich bei der Arbeit von den Sozialraumteams abgrenze, um die Zielgruppe zu erreichen.

Herr Becker macht deutlich, dass man eng mit den Stadtraumteams zusammenarbeite. Es gehe hauptsächlich um das Regelsystem „Übergang Schule und Beruf“. Man habe eine andere Zielsetzung als die Stadtteilteams und sei beratend und begleitend tätig.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Becker für den Vortrag.

5. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet, dass die Fortschreibung der Zahlen von Flüchtlingen und EU-Zuwanderern gegenüber der letzten Berichterstattung noch einmal deutlich angestiegen sei. Das stelle die Verwaltung planungsmäßig vor einige Herausforderungen. Man verfolge derzeit die Zielsetzung, jedes Flüchtlingskind unterzubringen. Die Schwierigkeit läge in der teilweise unbekanntem Verweildauer der Flüchtlinge. Bei den EU-Zuwanderern müsse festgelegt werden, welches Planungsmaß man auch für die Haushaltsplanung 2016/2017 zugrunde lege. Es müsse eine realistische Quote gefunden werden, wie viele der EU-Zuwanderer dauerhaft hier blieben.

Frau Haack stellt die Zahlen der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen vor (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Reinke fragt, ob eine Bezifferung der noch freien Plätze möglich sei.



Frau Haack antwortet, dass das im Moment nicht möglich sei. Diese Zahlen stünden Ende Mai zur Verfügung.

6. . **Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch informiert über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen. Bei dem Stand des Ausbaus sei seit dem letzten Bericht nicht viel Neues passiert. Zu den benötigten Kapazitäten in dem zuvor geschilderten Zusammenhang könne keine seriöse Aussage getroffen werden. Das stelle die Stadt vor eine große Herausforderung. Fest stehe, dass sich der Bedarf deutlich erhöhen werde.

Auf die Frage von Herrn Reinke nach dem Start der Einrichtung in der Boeler Straße teilt Herr Hannusch mit, dass diese bereits an den Start gegangen sei. In dem Zeitraum um die Ferien seien einige Eröffnungsfeiern von neuen Einrichtungen geplant.

Frau Cramer fragt nach dem Fluchtweg in der Cuno-Villa, der in Form der geplanten Treppe ziemlich hohe Kosten verursache. Sei da keine günstigere Variante denkbar?

Herr Goldbach beschreibt die derzeitige Situation.

Frau Haack ergänzt die Ausführungen.

7. . **Die Bedeutung der "Neuen Autorität" für die Jugendhilfe - Stärke statt Macht Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steinkamp stellt das Konzept der „Neuen Autorität für die Jugendhilfe – Stärke statt Macht“ vor.

Zu diesem Thema finde am 04. Mai um 18.00 Uhr die Premiere eines Theaterstückes im Theater Lutz statt. Er weist auf den ausgelegten Flyer mit der Programmbeschreibung hin.

Er bittet die Ausschussmitglieder, die Entwicklung zu begleiten und zu unterstützen.

Frau Kaufmann bedankt sich bei Herrn Steinkamp für die ausführliche Darstellung des Themas. Dieser Ansatz habe ihre volle Unterstützung. Sie freue sich darüber, dass die Resonanz auf das Theaterstück so groß sei. Nach der Aufführung finde eine



Podiumsdiskussion statt. Die Literaturangaben könnten dem Programm entnommen werden.

Herr Reinke schließt sich dem Dank an.

Frau Böhmer möchte wissen, ob das Konzept evaluiert wurde. Gebe es belastbare Daten dazu?

Herr Steinkamp antwortet, dass das Konzept aus der Praxis entwickelt worden sei. Die Evaluation habe für spezifische Störungen stattgefunden. Es habe Untersuchungen im Bereich von Ängsten und grenzüberschreitendem Verhalten bei Jugendlichen gegeben. Die Effektstärke in Form von einer Reduzierung in der Heftigkeit, der Dauer und in der anschließenden Rückkehr in Familien sei erforscht worden.

Herr Reinke nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Steinkamp zur elterlichen Verantwortung für die Deeskalation bei Konflikten. Er stelle sich die Frage, ob die Eltern an der Stelle nicht überfordert seien. Er sehe das Problem, dass nicht alle Eltern diese Erziehungskompetenz hätten und dann noch Verantwortung für die Deeskalation von Konflikten übernehmen sollten.

Herr Steinkamp macht deutlich, dass es darum gehe, eine andere Haltung zu finden. Unter Umständen brauche das auch Unterstützung. Eltern erlebten dann aber ihre Selbstwirksamkeit. Eine Veränderung passiere in der Interaktion.

Frau Hamann ist der Meinung, dass das auch alle angehe, die in Hagen Jugendhilfe betrieben. Man müsse sich entscheiden, in diesem Sinne arbeiten zu wollen. Es gebe ja auch andere Ansätze. Man müsse sich in Hagen bezüglich der methodischen Ansätze einig sein. Sie sei dankbar für die Fachtage und plädiere dafür, diesen Weg weiterzugehen.

8. . Erhöhung der Elternbeiträge und Änderung der Geschwisterkinderregelung 2. Lesung Vorlage: 0061/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 gemeinsam zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Reinke führt in die Materie ein und schildert die bisherige Entwicklung in der Sache. Die Vorlage der Verwaltung sei in der letzten Sitzung als erste Lesung eingebracht worden. Danach habe sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung intensiv



damit beschäftigt. Dann sei die Thematik in den Fraktionen ausführlich beraten worden. Er bedanke sich bei allen Beteiligten. Man sei von der Verwaltung tatkräftig unterstützt worden. Das Ergebnis sei ein Kompromissvorschlag, der als Tischvorlage ausgelegt sei (**siehe Anlage 1 zu TOP 8 und 9**).

Er erläutert die Inhalte des Vorschlages.

Herr Goldbach berichtet, dass man unterschiedlichste Modelle ausgerechnet habe. Man sei sich am Ende darüber einig gewesen, dass durch die neue Beitragsstruktur keine weitere Belastung von unteren und mittleren Einkommen passieren solle. Es werde im höheren Bereich stärker belastet. Die neue Struktur führe zu mehr Beitragsgerechtigkeit. Der Tabelle sei zu entnehmen, wie viele „Gewinner“ und „Verlierer“ es gebe. Für die meisten Familien ergebe sich ab dem neuen Kindergartenjahr eine Entlastung. Es handele sich um ein innovatives Modell. Sein Dank richte sich an Herrn Uhlenbrock und den EDV-Experten Herrn Petri, die maßgeblich dazu beigetragen hätten. Die Verwaltung sei mit dem vorgelegten Vorschlag der drei Fraktionen sehr einverstanden.

Frau Kaufmann richtet ein Lob an die politischen Parteien. Sie sei sehr überrascht gewesen über diese Einigung. Sie freue sich über den Vorschlag der drei Fraktionen und hoffe sehr, dass sich die anderen Gruppierungen diesem Vorschlag anschließen werden.

Herr Reinke bittet die Verwaltung, in dem Zusammenhang die Einkommensermittlung bei der Festlegung der Elternbeiträge dem Protokoll beizufügen (**siehe Anlage 2 zu TOP 8 und 9**).

Frau Witt fragt, ob eine Möglichkeit bestehe, dass die Eltern online den Elternbeitrag berechnen könnten.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass durch die im Internet veröffentlichte Satzung die Einkommensgrenzen zu sehen seien. Als Orientierung könne sich jeder einstuft. Einen Rechner, was anrechnungsfähige Werbungskosten seien, gebe es nicht. Er gehe davon aus, dass ein solches Instrument nicht zuverlässig möglich sei.

Herr Lohmann betont, dass die Leistung der Verwaltung in dieser Sache außergewöhnlich stark gewesen sei. Man habe damit einen innovativen Vorschlag in Hagen, der im Ruhrgebiet sicher zur Kenntnis genommen werde. Ihm sei wichtig, dass es sich letztendlich nicht um eine Erhöhung, sondern um eine Veränderung der Elternbeiträge handele. Er freue sich über das Ergebnis, das man gemeinsam erzielt habe und hoffe, dass das von allen so gesehen werde. Er bedanke sich bei allen, die daran mitgewirkt hätten.

Herr Reinke merkt an, dass die FDP-Fraktion auf dem vorliegenden Antrag nicht genannt sei, weil diese im Jugendhilfeausschuss nicht stimmberechtigt sei. Er hoffe aber, dass die FDP-Fraktion sich bis zur Ratssitzung dem Votum anschließe.

Er fragt in Richtung SPD-Fraktion, wie man nun mit deren ursprünglichen Antrag umgehen solle.



Herr Lohmann erklärt im Namen seiner Fraktion, dass der vorherige Antrag zurückgezogen werde und über den vorliegenden weitergehenden Antrag abgestimmt werden solle.

Frau Kaufmann macht abschließend deutlich, dass es Aufgabe als Stadt Hagen sei, das Thema Ganztage in Richtung Düsseldorf zu transportieren, um es voranzubringen. So könne es nicht weitergehen. Es könne nicht sein, dass ein Drittel der Hager Kinder keinen Ganztagsunterricht hätten. Diese schulische Aufgabe sei nicht zu Ende gelöst. Sie wolle daran erinnern, dass der Offene Ganztage nicht die Lösung des Themas Ganztageschule sein könne. Es sei ein beliebiges freiwilliges Programm und eigentlich eine freiwillige Aufgabe.

Herr Reinke erklärt, dass er das als Aufgabe an die Politik entgegennähme.

Abschließend lässt er über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzungen für Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen (Kita), Kindertagespflege und Offene Ganztageschulen im Primarbereich (OGS) nach folgenden Kriterien zu überarbeiten und dem Rat der Stadt Hagen am 07.05.2015 zur Beschlussfassung vorzulegen:

- Die Elternbeiträge werden gem. der beiliegenden Anlagen zum 01.08.2015 angepasst.
- Ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 erfolgt eine jährliche Beitragsanpassung um 2 %.
- Die Geschwisterkinderregelung bleibt unverändert.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, entsprechend zu beschließen.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke			
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. . **Vorschlag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates**
Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Kindertagespflege
2. Lesung
Vorlage: 0266/2015

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

10. . **Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 Gesch des Rates**
Fahrdienst für Kita- und Grundschul Kinder im Bereich Bührener Weg
Vorlage: 0394/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke teilt mit, dass der Antragsteller Herr Sondermeyer für die heutige Sitzung entschuldigt sei.

Herr Goldbach macht deutlich, dass in dieser Angelegenheit überwiegend der Schulausschuss zuständig sei. Dieser berate in der nächsten Woche über den Antrag.



Im Unterschied zum Schulbereich gebe es im Kindergartenbereich keine Beförderungspflicht des Kindergartens. Es wäre eine 100 %ige freiwillige Leistung. Herr Hannusch habe mit der Leiterin des Kindergartens Rummenohl gesprochen. Danach sei ein Kind davon betroffen. Dieses Kind sei bisher jeden Tag in der Einrichtung erschienen.

Herr Hannusch ergänzt, dass das Kind bis zu der Brücke gefahren werden könne und 300 m zu Fuß zu der Einrichtung laufen müsse. Ampel und Bürgersteig wären vorhanden.

Frau Köppen weist darauf hin, dass dieser Weg im Moment extrem verkehrsberuhigt und gut zu Fuß begehbar sei.

Herr Reinke lässt über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft kurzfristig, wie viele Kinder (Kitas und Grundschule) im Gebiet Bührener Weg durch die Sperrung der Brücke betroffen sind. Weiter soll kurzfristig geprüft werden, inwieweit ein Fahrdienst zur Abholung und Bringen der Kinder von Zuhause nach der Schule oder den Kitas möglich ist. Dieser soll einmal täglich verkehren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		2	
CDU		3	
Die Linke			
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder		3	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände		5	

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmengleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen



Dafür:	<u>0</u>
Dagegen:	<u>13</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

11. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Cramer fragt, ob die Verwaltung bereits Gespräche geführt habe, für den Fall, dass die Streiks in den Kindertageseinrichtungen sich verstärken sollten.

Herr Goldbach teilt mit, dass derzeit Gespräche stattfänden. Man sei bemüht, ein Mindestangebot für äußerste Notfälle einzurichten. Das gehe aber nur durch Übereinkunft. Es werde aber trotz allem dramatische Einschränkungen geben.

Frau Hamann ergänzt, dass sie auch für Notfälle ansprechbar sei.

Herr Reinke bedankt sich für den Hinweis.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.45 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hoglebe
Schriftführerin